

Änderungsantrag

(zu Drs. 16/179, 16/184, 16/189 und 16/515)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 08.10.2008

a) Krankenhausversorgung in Niedersachsen - Nachhaltige wohnortnahe Akutversorgung sicherstellen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/179

b) Der Deckel muss weg - Landesregierung nicht aus der Verantwortung entlassen - Krankenhausfinanzierung und flächendeckende Versorgung in Niedersachsen sicherstellen

Antrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/184

c) Kliniksterben verhindern - Krankenhausfinanzierung dauerhaft sichern

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/189

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 16/515

Der Landtag wolle die Anträge in folgender Fassung beschließen:

Der Deckel muss weg - Landesregierung nicht aus der Verantwortung entlassen - Krankenhausfinanzierung und flächendeckende Versorgung in Niedersachsen sicherstellen

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Der Landtag stellt fest:

1. Patientinnen und Patienten beklagen in vielen Fällen eine fehlende oder bestenfalls mangelhafte pflegerische und ärztliche Betreuung. Hintergrund ist ein in den letzten Jahren vorgenommener drastischer Abbau von Stellen im Pflegebereich und bei den Bettenkapazitäten. So sind in Niedersachsen Kapazitäten von 6 000 Betten abgebaut worden. Immer weniger Pflegepersonal muss eine steigende Zahl von Fällen „bearbeiten“. Eine der Folgen ist eine extreme Anhäufung von Überstunden des Pflegepersonals und medizinischen Personals; eine andere ist im massiven Anstieg der Überlastungsanzeigen zu erkennen.
2. Das Pflegepersonal musste in den vergangenen 15 Jahren kräftige Reallohninbußen hinnehmen. Die jüngsten Tarifsteigerungen drohen in vielen Krankenhäuser nicht oder nur unzureichend umgesetzt zu werden. Gründe sind u. a. Investitionsstaus und gedeckelte Budgets. Dieses kann zu Notlagentarifverträgen, partiell zur Tariffucht oder zu Outsourcing führen.
3. Darüber hinaus droht mit der Deckelung durch Fallpauschalen und einer ungenügenden Krankenhausfinanzierung durch die Länder - und hier speziell durch die niedersächsische Landesregierung - die Schließung von bis zu einem Drittel der niedersächsischen Krankenhäuser, weil die Landesregierung als deutsches Schlusslicht ihrem gesetzlichen Auftrag, die Krankenhäuser wirtschaftlich zu sichern, nicht nachkommt.
4. Folge dieser von der Landesregierung in Kauf genommenen Entwicklung ist die weitere Privatisierung von Krankenhäusern und somit der Pflege und ärztlichen Versorgung, was bisher in den meisten Fällen zu einem Absinken der Qualität geführt hat. Schon jetzt ist ein Outsourcing der Versorgungsbereiche von Kliniken (Wäscherei, Küche, Reinigung) die Regel.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. eine deutliche Erhöhung der Krankenhausförderung pro Krankenhausfall von derzeit etwa 82 Euro (als Schlusslicht in Deutschland) auf 300 Euro (realer Fördermittelbedarf laut Landesgesundheitsbehörden) vorzunehmen.
2. sich explizit zur dualen Krankenhausfinanzierung zu bekennen und gegenläufigen parteipolitischen Bestrebungen in Land und Bund entgegenzuwirken.
3. eine Bundesratsinitiative zu starten, mit der die vom Bund zugesagten 21 000 neuen Stellen in der Krankenhauspflege um mindestens 39 000 auf die tatsächlich notwendigen 50 000 Stellen aufgestockt werden; sowie eine Gegenfinanzierung der Tariflohnsteigerungen in der Krankenhauspflege von 2008 und 2009 sicherzustellen.
4. sich zur Finanzierung der bedarfsgerechten Finanzierung der Krankenhäuser für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einzusetzen.
5. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im § 17 b Abs. 8 Krankenhausfinanzierungsgesetz verankerte längst überfällige Begleitforschung zu den Diagnosis Related Groups (DRG) endlich umgesetzt wird, um mit den daraus folgenden Ergebnissen schnellstmöglich unsachgemäße Leistungsbewertungen zu korrigieren, die bislang die Krankenhäuser zusätzlich belasten.
6. die Bundesregierung aufzufordern und auch hier eine Bundesratsinitiative zu starten, die auf dem Verordnungswege festgelegten jährlichen Steigerungsraten von (Landesbasisfallwert) mindestens auf die Höhe der Inflationswerte anzuheben und dabei generell eine Einberechnung von Personalkostensteigerungen zu gewährleisten, sowie auf dieser Grundlage mittelfristig eine verbindliche Personalbedarfsplanung zu erzielen.

Begründung

Der hier vorliegende Änderungsantrag bezieht die Diskussionen im Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und die vielfältigen Veranstaltungen, Informationen der Tarifpartner mit ein. Die Landesregierung muss mit aller Deutlichkeit aufgefordert werden, schönen Worten auch Taten folgen zu lassen, um die Zukunft unserer niedersächsischen Krankenhäuser zum Wohle der Bevölkerung zu sichern. Alle weiteren wesentlichen Argumente ergeben sich aus dem hier vorliegenden Antragstext.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin